



Konjunkturbericht

Jahresbeginn 2025

**Unsicherheiten und Risiken
überschatten Konjunktur**

IHK-Wirtschaftsklima

Das konjunkturelle Stimmungsbild in Nord-Westfalen ist zu diesem Jahresbeginn noch mehr als sonst von Unsicherheiten geprägt - weil in Deutschland die Bundestagswahl ansteht und weil die zukünftige Ausrichtung der neuen US-Regierung viele Fragen aufkommen lässt. Die Wachstumsschwäche hat sich verfestigt. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität bleibt weiterhin schwung- und kraftlos und lässt keine Aufwärtsdynamik erkennen.

Geschäftslage

Die Lageeinschätzung der nord-westfälischen Wirtschaft insgesamt verharrt auf einem niedrigen Niveau. Die Anteile der zufriedenen und unzufriedenen Stimmen halten sich ungefähr die Waage. Viele Mittelständler stehen besonders unter Druck.

Geschäftsaussichten

Es bleibt eine gehörige Portion Skepsis, ob sich die Wirtschaft in den nächsten Monaten aus der Stagnationsphase der letzten Jahre wird befreien können. Nach wie vor überwiegt der Anteil der pessimistischen Stimmen. Auch wegen der vielfach nicht gelösten strukturellen Probleme ist nur eine Minderheit optimistisch, dass die Konjunktur schnell wieder anspringt.

Investitionen

Die Unternehmen wollen sich weiterhin bei ihren Investitionen zurückhalten. Für die kommenden Monate kann nicht mit einer Trendwende gerechnet werden.

Export

Auch wegen der neuen US-Regierung zeigt sich die Exportwirtschaft besorgt über die Perspektiven für ihr Auslandsgeschäft. Jeder vierte Betrieb rechnet der Umfrage zufolge mit Exportrückgängen in den nächsten Monaten. Es steht zu befürchten, dass sich der negative Trend des vergangenen Jahres weiter fortsetzt.

Beschäftigung

Die Beschäftigungssituation im Münsterland und in der Emscher-Lippe-Region bleibt im Spannungsfeld zwischen demographisch-strukturell bedingtem Fachkräftemangel und konjunkturell bedingter schwächerer Personalnachfrage. In Teilen der Industrie dürfte Personalabbau nicht zu vermeiden sein.

IHK-Wirtschaftsklima

Das konjunkturelle Stimmungsbild in Nord-Westfalen ist zu diesem Jahresbeginn noch mehr als sonst von Unsicherheiten geprägt - weil in Deutschland die Bundestagswahl ansteht und weil die zukünftige Ausrichtung der neuen US-Regierung viele Fragen aufkommen lässt. So sind zu den

anhaltend hohen konjunkturellen Risiken gestiegene Unsicherheiten über die politischen Rahmenbedingungen hinzugekommen.

Die Wachstumsschwäche hat sich verfestigt. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität bleibt auch in Nord-Westfalen weiterhin schwung- und kraftlos und lässt keine Aufwärtsdynamik erkennen. Der IHK-Konjunkturklimaindikator liegt mit knapp 97 Zählern immer noch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 110 (Durchschnitt über zehn Jahre), hat sich gegenüber dem vergangenen Herbst aber leicht um knapp sieben Punkte verbessert, was zumindest als Hoffnungsschimmer interpretiert werden kann.

Von knapp 600 befragten Unternehmen haben gut 270 geantwortet, die repräsentative Umfrage über alle Branchen fand im Zeitraum vom 17. Dezember 2024 bis 17. Januar 2025 statt.

Konjunkturklima zum Jahresbeginn 2025



Die Werte für den IHK-Konjunkturklimaindikator werden als geometrisches Mittel aus Geschäftslage und Geschäftserwartungen berechnet.

Aktuelle Geschäftslage

„Es wird immer klarer, dass nach Auffassung der politischen Akteure der Mittelstand aus Volkswagen, Thyssen etc. besteht, somit ab einer Mitarbeiterzahl von weit über 500 Personen. Somit gibt es für alle darunter keine aktuellen Wertschätzungen. Unternehmen, die nicht global arbeiten, sondern an ihren kommunalen Standorten ihre Sorgen haben, werden nicht gesehen!“

Die Lageeinschätzung der nord-westfälischen Wirtschaft insgesamt verharrt auf einem niedrigen Niveau. Die Anteile der zufriedenen und unzufriedenen Stimmen halten sich ungefähr die Waage (26 Prozent gute Geschäftslage, 24 Prozent schlechte Geschäftslage).

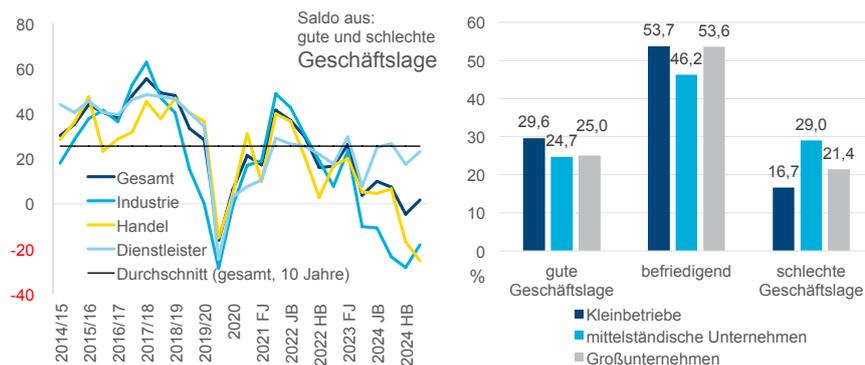
Der heterogene Dienstleistungsbereich, vor allem IT- und unternehmensnahe Dienst-

leister, steht besser da als der Branchendurchschnitt. Er hebt sich seit nunmehr einem Jahr deutlich von den anderen Sektoren ab und sorgt für eine gewisse konjunkturelle Stabilität.

Die Industriekonjunktur dagegen ist schwach geblieben. Im Handel hat sich die erhoffte Belebung der Nachfrage insbesondere auch durch das Weihnachtsgeschäft nicht eingestellt. Der Lagesaldo aus positiven und negativen Nennungen liegt daher in der großen Spannweite zwischen minus 25 (Handel), minus 18 (Industrie) und plus 23 (Dienstleister) - bei einem Orientierungswert von plus 26 (Zehnjahresdurchschnitt über alle Branchen).

In etlichen Industriebranchen wurde den offiziellen Statistiken zufolge auch im Jahr 2024 deutlich weniger produziert als im Vorjahr (Quelle: Deutsche Bundesbank). In den energieintensiven Industriezweigen blieb die Produktion auf niedrigem Niveau. Viele Industrieunternehmen kämpften und kämpfen weiterhin mit hohen Energiepreisen und hohen Produktionskosten. Dies

Geschäftslage



wirkt sich an Standorten mit einem hohen Anteil an energieintensiven Industrien wie der Emscher-Lippe-Region überdurchschnittlich aus. Die nominalen Umsätze der nord-westfälischen Industriebetriebe lagen im Zeitraum Januar bis September 2024 mit 34,5 Milliarden Euro 3,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau (Quelle: IT.NRW). Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ging 2024 deutlich zurück (Quelle: Destatis).

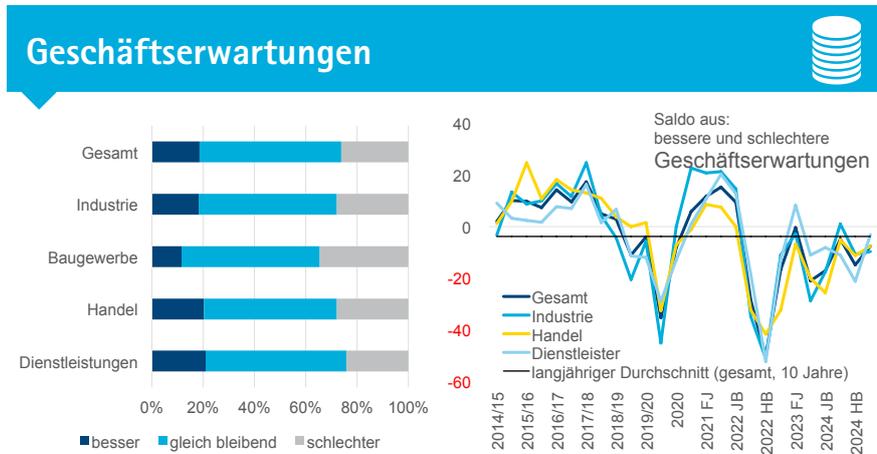
Die im internationalen Vergleich großen Kostensteigerungen und schwache Produktivitätsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe schlagen sich in einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit nieder. So lagen die Lohnstückkosten in 2024 deutlich höher als 2023 (+5,4 Prozent).

Obwohl sich die Teuerungsrate vermindert und die Reallöhne einen positiven Trend verzeichnet haben, ist der private Konsum hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Gleichzeitig wurde die Spartätigkeit weiter ausgedehnt - die Sparquote stieg in 2024 auf 11,6 Prozent. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen dürfte auch die Sorge um den Arbeitsplatz bei den privaten Verbrauchern eine Rolle spielen. Wegen der gedämpften Konsumneigung sind stärkere Impulse im Handel einmal mehr ein Hoffnungsschimmer für die Zukunft.

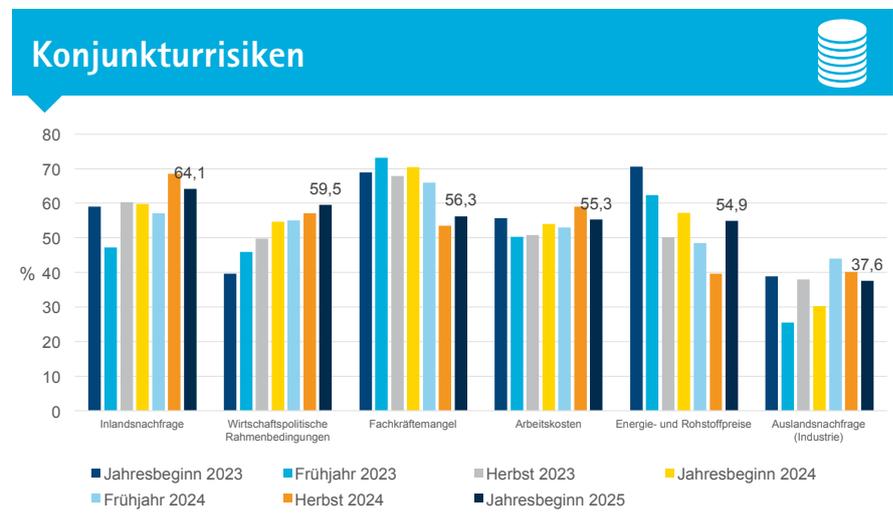
Darüber hinaus fällt auf, wie stark viele Mittelständler unter Druck stehen. Die Lage in der Betriebsgrößenklasse 20 bis unter 500 Beschäftigte ist schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Firmen berichtet von schlechten Geschäften (29 Prozent), der Lagesaldo kommt nicht aus dem negativen Bereich heraus (minus vier). Hier schwingt mit, dass mittelständische Unternehmen aufgrund ihrer geringeren Ressourcen von Unsicherheiten und auch von bürokratischen Belastungen i.d.R. stärker betroffen sind als große Unternehmen.

„Die Lähmung der Bautätigkeit durch Auflagen und Verbraucherverunsicherung ist desaströs und das trotz extremer Wohnbedarfe. Eine Vereinfachung und Gleichschaltung der Bauverordnungen wäre ein wichtiger Schritt, zu dem in der jetzigen Situation zwischen Bund und Ländern doch eine Durchsetzung möglich sein müsste.“



Aussichten und Risiken

Zu den anhaltend hohen konjunkturellen Risiken sind jetzt gestiegene Unsicherheiten über die politischen Rahmenbedingungen hinzugekommen. Die größte Sorge der Firmen gilt, wie schon im Herbst 2024, der Nachfrageschwäche (Konjunkturrisiko Inlandsnachfrage: 64 Prozent der Nennungen insgesamt, 71 Prozent in der Industrie). Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden mit nunmehr knapp 60 Prozent ebenfalls hoch gewichtet und stehen nun an zweiter Stelle der belastenden Faktoren, im Mittelstand



„Bürokratie, Bürokratie, Bürokratie!!! Immer neue Vorschriften und Gängelungen, Lebensmittelbedarfsgegenständeverordnung, Produktsicherheitsverordnung, Lieferkettengesetz, Nachhaltigkeitsberichterstattung und und und. Das ist für ein kleines Unternehmen nicht leistbar und behindert alles. Bindet viel Personal.“

sogar an erster Stelle mit 63 Prozent der Nennungen.

Daher bleibt eine gehörige Portion Skepsis, ob sich die Wirtschaft in den nächsten Monaten aus der Wachstumsmisere der letzten Jahre befreien können. Nach wie vor überwiegt der Anteil der pessimistischen Stimmen. Auch wegen der vielfach nicht

gelösten strukturellen Probleme - hohe Arbeitskosten, hohe Energiekosten, Bürokratiebelastungen - ist nur eine Minderheit optimistisch, dass die Konjunktur schnell wieder anspringt (19 Prozent). Noch gedrückter ist die Stimmung in der Emscher-Lippe-Region, wo sich unter anderem die Sorge um die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise wieder verstärkt hat.

„Unklare und unsichere Bedingungen für die Transformation der Energie- und Mobilitätssysteme in Richtung Klimaneutralität. Spannungsfeld zwischen geringer Kalkulationssicherheit einerseits und Investitionen mit sehr langfristiger Kapitalbindung andererseits.“

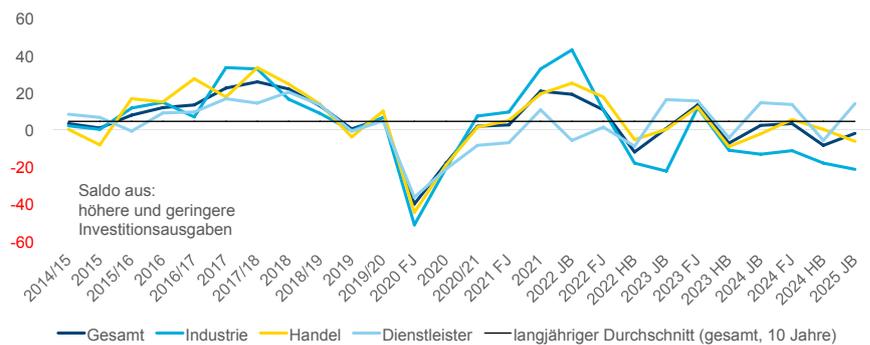
Investitionspläne

Wegen der strukturellen Standortprobleme und der hohen Unsicherheit über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen halten sich Unternehmen weiterhin bei ihren Investitionen zurück. Auch für die kommenden Monate kann nicht mit einer Trendwende gerechnet werden. Noch restriktiver agiert der Mittelstand (Saldo aus restriktiven und expansiven Investitionsplänen: insgesamt minus zwei, Mittelstand minus acht).

Dies belegen neue Berechnungen der KfW: Demnach schwächeln die preisbereinigten Investitionsausgaben in fast jedem Sektor

und in jeder Anlagekategorie. Zuletzt lagen die Unternehmensinvestitionen preisbereinigt um 6,5 Prozent unter dem Niveau von Ende 2019. Noch schwächer als die Unternehmensinvestitionen insgesamt haben sich die privaten Ausrüstungsinvestitionen entwickelt, die etwa die Hälfte der Unternehmensinvestitionen ausmachen und heute um gut zehn Prozent unter dem Wert von Ende 2019 liegen. - Auch deswegen hinkt das deutsche Wirtschaftswachstum seit Beginn des Jahrzehnts international hinterher und hat das BIP das Vorpandemieniveau erst marginal überschritten

Investitionen



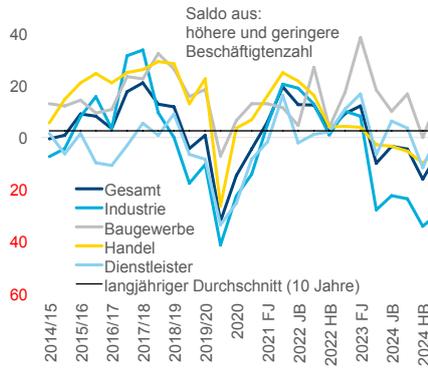
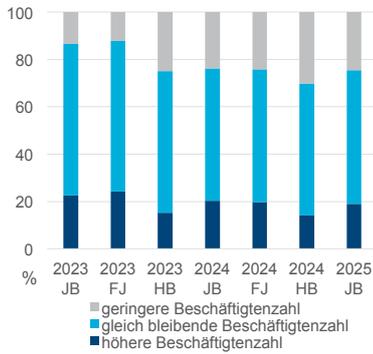
Beschäftigung und Fachkräftebedarf

Die Beschäftigungssituation im Münsterland und in der Emscher-Lippe-Region bleibt im Spannungsfeld zwischen demografisch-strukturell bedingtem Fachkräftemangel und konjunkturell bedingter schwächerer Personalnachfrage. Jeder zweite Betrieb (56 Prozent) sieht sich mit

Fachkräftemangel konfrontiert, noch vor einem Jahr lag der Anteil der Nennungen mit rund 71 Prozent allerdings merklich darüber.

Am stärksten davon betroffen sind derzeit die Dienstleistungsbranchen. Der Mangel

Beschäftigung



an qualifiziertem Personal steht an der Spitze der Risikofaktoren für eine wirtschaftliche Expansion. Entsprechend ist hier auch der Anteil der Betriebe, die ihren Personalstand reduzieren müssen, im Querschnitt aller Branchen am geringsten.

Hingegen muss in Teilen der Industrie mit Stellenabbau gerechnet werden. Von den befragten Unternehmen planen 41 Prozent mit einer Verringerung der Beschäftigtenzahl. Damit könnte sich die Entwicklung des vergangenen Jahres fortsetzen. Wie

eine Auswertung aus der offiziellen Statistik zeigt, hatte die nord-westfälische Industrie bis zur Jahresmitte 2024 fast 2.500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze abgebaut (minus 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr).

Von den Händlern rechnet fast jeder vierte damit, die Mitarbeiterstärke verringern zu müssen. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hatte sich demgegenüber bis zur Mitte des letzten Jahres eine positive Entwicklung gezeigt.

„Die Geschäftsentwicklung unseres Unternehmens ist gut bis sehr gut. Die grundsätzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland (Energie, Bürokratie, Strukturwandel) werden jedoch immer schlechter und der Anteil der produzierenden Unternehmen sinkt rapide. Das bedeutet stetig verminderten Wohlstand für unser Land und das hat langfristig Effekte auch auf unser Unternehmen.“

Im Fokus: Exporterwartungen und Pläne für Auslandsinvestitionen

Auch wegen der neuen US-Regierung zeigt sich die Exportwirtschaft besorgt über die Perspektiven für ihr Auslandsgeschäft. Jeder vierte Betrieb rechnet der Umfrage zufolge mit Exportrückgängen in den nächsten Monaten. Es steht zu befürchten, dass sich der negative Trend des vergangenen Jahres weiter fortsetzt.

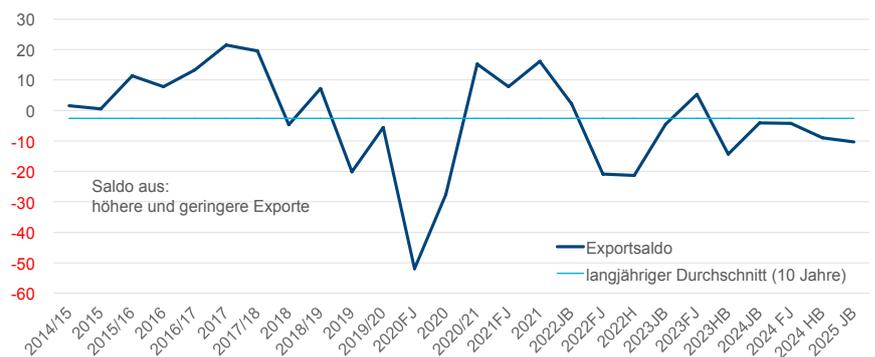
Die USA sind ein wichtiger Handelspartner für die deutsche und nord-westfälische Wirtschaft. Deutschland exportierte im Jahr 2023 rund 10 Prozent seiner Ausfuhr in die USA. Nicht wenige Betriebe befürchten Absatzprobleme, auch wegen neuer Handelsschranken und Zölle.

Denn eine Erhöhung der Zölle auf 10 Prozent, wie sie vom neuen US-Präsidenten ins Spiel gebracht worden sind, wäre sicherlich für einzelne Branchen und Unternehmen problematisch. Nach Berechnung

des IfW Kiel könnten dann die deutschen Exporte nach Amerika langfristig 10 bis 15 Prozent zurückgehen und das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent geschmälert werden.

„Wettbewerbsnachteil durch Überregulierung, umständliche/undurchsichtige Embargo-Regelungen, aufkommender Handelskrieg mit Import/Exportbeschränkungen, Zöllen und sonstigen Hürden, überbordende Bürokratie und Berichtsanforderungen“

Export

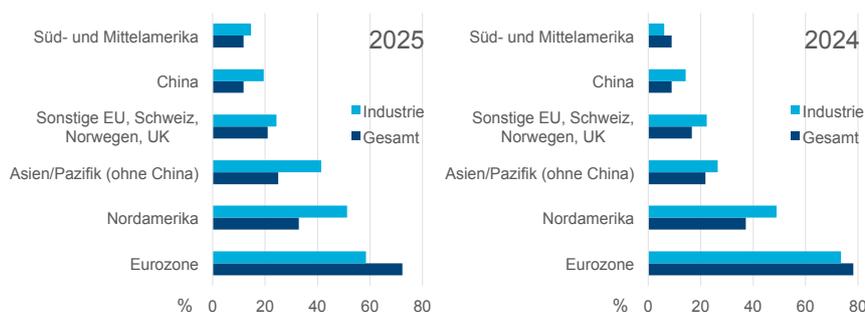


Nicht wenige Firmen verstärken daher ihr Engagement direkt in den USA. Sie investieren dort, um hinter die Zollschranken zu kommen. Dies spiegelt sich ebenfalls

in den aktuellen Umfrageergebnissen zu den Investitionsplänen im Ausland wider: Immerhin jeder zweite Industriebetrieb plant in diesem Jahr, Investitionsausgaben in den USA zu tätigen. Nach der Eurozone ist damit Nordamerika die zweitwichtigste Zielregion für Auslandsinvestitionen. – Schon früher war Deutschland eng mit den USA verflochten. So lag im Jahr 2023 der US-amerikanische Anteil am gesamten Bestand deutscher Auslandsinvestitionen bei 17 Prozent.

Grundsätzlich sind Direktinvestitionen im Ausland – anders als die am heimischen Standort – eher langfristig-strategisch motiviert und werden im Hinblick auf den Aufbau von Produktions- und Verarbeitungsstätten im Ausland getätigt.

Länderschwerpunkte der Auslandsinvestitionen



Fazit



„Schon im ersten Semester haben wir gelernt, dass Nicht-Entscheidungen mehr Geld kosten, als Fehlentscheidungen. Fehlentscheidungen können korrigiert werden, sobald dies erkannt wird. De facto wird es vom 17.12.2024 bis 15.05.2025 keine wesentlichen verbesserungsorientierten Entscheidungen in der deutschen Wirtschaftspolitik geben.“

Der Blick und die Hoffnung richtet sich in den nächsten Monaten insbesondere auf die neue Bundesregierung, die mit Aufnahme der Regierungsgeschäfte zügig die Wachstums- und Standortprobleme in Angriff nimmt und schnell ein breites Programm von Maßnahmen zur Belebung der Wachstumskräfte auf den Weg bringt. Aus Sicht der Wirtschaft dürften Bürokratieabbau, sinkende Steuerbelastung, Ausbau der Infrastruktur, Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren an

vorderster Stelle stehen. Also eine mutige und weitsichtige Politik mit verlässlichen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen.

Dabei sollte gerade auch der Mittelstand als Rückgrat unserer Volkswirtschaft stärker miteinbezogen werden: Denn er wünscht sich meist weniger gezielte Subventionen oder einzelne Zuschüsse, sondern einen wirtschaftsfreundlichen Gesamtrahmen.

Impressum

Herausgeber: Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen
Sentmaringer Weg 61 | 48151 Münster
[ihk.de/nordwestfalen](https://www.ihk.de/nordwestfalen)

Redaktion: Jutta Gograefe
0251 707-205
jutta.gograefe@ihk-nordwestfalen.de

Stand: Januar 2025

Quelle: Befragung von knapp 600 Unternehmen im Dezember 2024/ Januar 2025

Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernimmt die Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen keine Gewähr.